

# Krajaner Zeitung.

Nr. 20.

Montag, den 26. Jänner

1863.

Die „Krajaner Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljährlicher Abonnementspreis: für Krajan 4 fl. 20 Kr., mit Verfrachtung 5 fl. 25 Kr. — Die einzelne Nummer wird mit 9 Kr. berechnet.  
Redaction, Administration und Expedition: Grod-Gasse Nr. 107.

VII. Jahrgang.

Insertionsgebühren in Intelligenzblatt für den Raum einer viergespaltenen Petitzeile für die erste Einrückung 7 Kr., für jede weitere Einrückung 3 1/2 Kr. Stempelgebühr für jede Einrückung 30 Kr. — Inserat-Verordnungen und Gelder übernimmt Karl Rudwiger. — Zusendungen werden franco erbeten.

## Amtlicher Theil.

### Rundmachung.

3. 146/pr.

Der im Landesgemeinde-Wahlbezirk Lezajsk, Sokolow, Ulanow gewählte Landtagsabgeordnete Alfred Graf Potocki ist laut Eröffnung des Keszower k. k. Kreis-Vorsteher am 23. v. M. gestorben.  
In Folge dessen wird im Grunde Erlasses Sr. Excellenz des Herrn Statthalters von Galizien und dem Großherzogthume Krakau vom 14. d. M. 3. 65/pr. in Gemäßung des §. 18 und 20 der Landtagswahlordnung eine neue Wahl auf den 5. März d. J. ausgeschrieben, und die Keszower Kreis-Behörde unter Einem aufgefordert, die hiezu nöthigen Durchführungsbefehle unverzüglich in Angriff zu nehmen.  
Krakau, am 20. Jänner 1863.

Im Namen Sr. Exc. des Herrn Statthalters:  
Der k. k. Hofrath und Leiter der Krajaner k. k. Statthalterei-Commission  
Merkl m. p.

### Pressegesetz vom 17. Dezember 1862.

wirklich für die Königreiche Böhmen, Galizien und Lodomerien, mit den Herzogthümern Auschwiz und Zator und dem Großherzogthume Krakau, das lombardisch-venetianische Königreich und das Königreich Dalmatien, das Erzherzogthum Oesterreich unter und ob der Enns, die Herzogthümer Schlesien, Steiermark, Kärnten, Krain, Salzburg und Friaul, die Markgrafschaft Mähren, die gefürstete Grafschaft Tirol, das Land Vorarlberg, die gefürstete Grafschaft Görz und Gradiska, die Markgrafschaft Istrien und die Stadt Triest mit ihrem Gebiete.  
Mit Zustimmung beider Häuser Meines Reichsrathes finde ich anzuordnen, wie folgt:

### Erster Abschnitt.

#### Allgemeine Bestimmungen.

§. 1. Die mit dem Patente vom 27. Mai 1852 eingeführte Presseordnung wird sammt den darauf bezüglichen Nachtragsbestimmungen aufgehoben und es soll künftig der Gebrauch der Presse nur durch das gegenwärtige Pressegesetz und die bestehenden Strafgesetze, soweit sie nicht durch die nachfolgenden Bestimmungen eine Abänderung erleiden, geregelt werden.  
Meine Behörden, der Reichsrath, die Landtage und Landesausschüsse, dann die Central-Congregation des lombardisch-venetianischen Königreiches sind bezüglich derjenigen Druckschriften, die sie in ihrem gesetzlichen Wirkungsbereiche veröffentlichen, an die Bestimmungen des zweiten Abschnittes dieses Pressegesetzes nicht gebunden.

§. 2. Die Bestimmungen dieses Gesetzes finden auch auf die unter der Militärgerichtsbarkeit stehenden Personen Anwendung, unbeschadet jedoch der besonderen Vorschriften, welche für dieselben in Ansehung der Disciplin bestehen.

§. 3. Das Recht zur Erzeugung, zum Verlage von Druckschriften und zum Verkehre mit denselben wird durch die Gewerbegesetze geregelt.

Es steht aber Jedermann frei, von ihm allein oder unter Mitwirkung Anderer, jedoch nach einem von ihm entworfenen selbstständigen Plane verfasste Schriften in Selbstverlag zu nehmen und in seiner Wohnung oder einem anderen ausschließlich dazu bestimmten Lokale für eigene Rechnung zu verkaufen.

Von der Eröffnung eines solchen Lokales ist jedoch der Sicherheitsbehörde vorläufige Anzeige zu erstatten. Die Nichtbeachtung dieser Vorschrift ist als Uebertretung mit einer Geldstrafe von 10 bis 100 fl. zu ahnden.

Das Recht zur Herausgabe einer periodischen Druckschrift (§. 10) schließt auch das Recht zum Verlage derselben in sich.

Nebrigens kann die politische Landesstelle den Verkauf periodischer Druckschriften, die Sicherheitsbehörde des Ortes aber den Verkauf von Schulbüchern, Kalendern, Heiligenbildern, Gebeten und Gebetbüchern bestimmten Personen für einen zu bezeichnenden Bezirk auf Widerruf bewilligen.

Gegen Buchdrucker, Buchhändler und andere Inhaber eines der in §. 16, 3. 1, der Gewerbe-Ordnung vom 20. Dezember 1859 aufgezählten Gewerbe kann die Entziehung der Gewerbeberechtigung außer dem Vollzuge eines Strafkenntnisses wegen Verletzung der allgemeinen Straf- oder Steuer Gesetze nur dann verhängt werden:

a) wenn der Gewerbetreibende wegen des Inhaltes einer vom gewerbemäßig erzeugten, verlegten

oder verbreiteten Druckschrift eines Verbrechens, oder wenn derselbe aus Anlaß einer solchen Schrift nach dem allgemeinen Strafgesetze oder wegen Vernachlässigung der pflichtmäßigen Ob- und Aufsicht innerhalb des Zeitraumes von zwei Jahren dreimal eines Vergehens oder einer Uebertretung schuldig erkannt;

b) wenn derselbe nicht wegen des Inhaltes einer Druckschrift, sondern wegen einer anderen im §. 7 der Gewerbeordnung vom 20. Dezember 1859 erwähnten Handlung verurtheilt worden ist, und nach der Beschaffenheit des Gewerbes und der Natur der begangenen strafbaren Handlung unter den gegebenen Umständen von dem Fortbetriebe des Gewerbes Mißbrauch zu besorgen ist.

Die Entziehung des Gewerbebefugnisses darf in den Fällen des Absatzes a) nur von dem verurtheilenden Gerichte und in der Regel nur für die Dauer eines Jahres, dann aber für immer ausgesprochen werden, wenn die in jenem Absätze festgestellten Voraussetzungen bei einem der gedachten Gewerbetreibenden eintreten, über welchen die zeitliche Entziehung der Gewerbeberechtigung schon einmal verhängt wurde.

In den im Absätze b) bezeichneten Fällen hingegen kann die Entziehung des Gewerbebefugnisses von der Gewerbebehörde, und zwar sowohl für eine bestimmte Zeit, als auch für immer, jedoch nur innerhalb drei Monaten, vom Eintritte der Rechtskraft des die Entziehung bedingenden Erkenntnisses an gerechnet, verhängt werden.

§. 4. Alles was in diesem Gesetze bezüglich der Druckschriften angeordnet wird, hat nicht bloß für die Erzeugnisse der Druckerei, sondern auch für alle durch was immer für mechanische oder chemische Mittel vervielfältigte Erzeugnisse der Literatur und Kunst zu gelten.

§. 5. Wenn in diesem Gesetze dem Drucker eine Verpflichtung oder Verantwortlichkeit auferlegt wird, so ist darunter der Inhaber der Druckerei, oder, sofern er zur Beforgung derselben einen durch die Behörde genehmigten Geschäftsleiter bestellt hat, der Letztere zu verstehen.

Besteht ein solcher Geschäftsleiter, so sind die Geld- und Arreststrafen gegen diesen, die erstere jedoch unter Haftung des Gewerbe-Inhabers zu verhängen. Wenn nach dem Gesetze die Entziehung der Gewerbeberechtigung einzutreten hätte, so findet diese nur dann statt, wenn die Uebertretung mit dem Vorwissen des Gewerbe-Inhabers begangen wurde und derselbe in der Lage war, die Uebertretung zu verhindern. Fällt diese dem verantwortlichen Geschäftsleiter zur Last, so ist dessen Befreiung von dem Betriebe des Gewerbes auszusprechen.

Die hier angeführten Bestimmungen sind auch in Beziehung auf die Verpflichtungen und die Verantwortlichkeit anzuwenden, welche in diesem Gesetze dem Verleger auferlegt werden.

§. 6. Als Verbreitung kann im Sinne dieses Gesetzes nur der Vertrieb, Verschleiß oder die Vertheilung von Druckschriften, sowie das Aufschlagen, Aufhängen oder Auflegen derselben an öffentlichen Orten, in Lesevereinen, Leihbibliotheken u. dgl. angesehen werden.

§. 7. Als eine periodische Druckschrift ist jene anzusehen, welche wenigstens einmal im Monate, wenn auch in ungleichen Zeitabschnitten erscheint.

Darunter sind jedoch in Lieferungen ercheinende Werke, die ein abgeschlossenes Ganzes zu bilden bestimmt sind, nicht begriffen.

Als zugehöriger Bestandtheil eines Blattes oder Heftes ist jede Beilage anzusehen, die mit demselben gleichzeitig ausgegeben und nicht abgesondert im Pränumerationswege veräußert wird.

Dagegen müssen in Ansehung aller Blätter, welche sich ihrem Inhalte nach als selbstständige periodische Druckschriften darstellen und im Pränumerationswege abgesondert veräußert werden, die für das Erscheinen periodischer Druckschriften gesetzlich vorgezeichneten Bedingungen auch dann abgesondert erfüllt werden, wenn sie in der Form von Beilagen einer anderen periodischen Druckschrift oder mit demselben Titel ausgegeben werden, unter welchem diese erscheint.

§. 8. Die Bestimmungen des gegenwärtigen Gesetzes finden auf strafbare Handlungen, welche vor dem Tage an dem seine Wirksamkeit beginnt, begangen wurden, nur insofern Anwendung, als der Schuldige nach den bisherigen Gesetzen einer strengeren Behandlung unterliegen würde.

### Zweiter Abschnitt.

Bestimmungen zur Aufrechterhaltung der Ordnung in Preßsachen.

§. 9. Auf jeder Druckschrift muß nebst dem Druck-

orte der Name (die Firma) des Druckers und der des Verlegers oder bei periodischen Druckschriften statt des Letzteren der des Herausgebers angegeben werden.

Von dieser Verpflichtung indet eine Befreiung nur hinsichtlich solcher Erzeugnisse der Presse statt, welche lediglich den Bedürfnissen des Gewerbes und Verkehres oder des häuslichen und geselligen Lebens zu dienen bestimmt sind, wie: Formulare, Preiszettel, Visitenkarten u. i. w.

Jedes Blatt (Nummer) oder Heft einer periodischen Druckschrift hat überdies auch den Namen wenigstens eines verantwortlichen Redacteurs zu enthalten.

Die Nichtbeachtung der in diesem Paragraphen vorgezeichneten Vorschriften ist an dem Drucker als Uebertretung mit 20 bis 200 fl., eine wesentlich falsche Angabe aber ist an jeden Schuldtragenden als Vergehen mit der erwähnten Geldstrafe und überdies mit Arrest von Einer Woche bis zu Einem Monate zu bestrafen.

§. 10. Wer eine periodische Druckschrift herauszugeben beabsichtigt, hat dieses vorläufig dem Staatsanwalte und der landesfürstlichen Sicherheitsbehörde des Bezirkes, in welchem der Ort der Herausgabe gelegen ist, anzuzeigen.

Diese Anzeige hat folgende zu enthalten:

1. Die Bezeichnung (den Titel) der periodischen Druckschrift, die Zeitabschnitte ihres Erscheinens und einen Ueberblick der Gegenstände (Programm), welche sie zu behandeln bestimmt ist.

2. Den Namen und Wohnort eines verantwortlichen Redacteurs, und wenn deren mehrere auf dem Blatte genannt werden sollen, die Namen und Wohnorte Aller nebst der Nachweisung, daß ihre Eigenschaften und Verhältnisse den in ersten Absätze des §. 12 dieses Gesetzes vorgezeichneten Bedingungen entsprechen.

3. Den Namen und Wohnort des Druckers, so wie jenen des Verlegers, wenn derselbe vom Herausgeber verschieden ist.

Tritt während der Herausgabe einer periodischen Druckschrift in einem dieser Punkte eine Veränderung ein, so ist hievon in der Regel noch vor der weiteren Herausgabe, wenn aber die Veränderung eine unvorhergesehene ist, binnen drei Tagen die Anzeige an die genannten Behörden zu machen.

Sind die in der Anzeige über die bevorstehende Herausgabe einer periodischen Druckschrift enthaltenen Angaben und Nachweise unvollständig oder nicht genügend, so ist der Anzeiger von der Sicherheitsbehörde unter Hinweisung auf die Bestimmungen des §. 11 zur Ergänzung aufzufordern; findet dagegen die Sicherheitsbehörde den Ausweis vollkommen entsprechend, so setzt sie den Anzeiger hievon in Kenntniß und weist ihn, wenn die Verpflichtung zur Cautionsleistung eintritt, zum Erlage derselben an, über dessen Vollzug er sich vor Beginn der Herausgabe bei dem Staatsanwalte und der Sicherheitsbehörde auszuweisen hat.

Wird binnen acht Tagen von Seite der Sicherheitsbehörde über die geschehene Anzeige oder über die Ergänzung derselben nichts hinzugefügt, so kann, falls die Cautionsleistung eintritt, die Cautionsleistung und der Erlag ausgewiesen wurde, mit der Herausgabe der periodischen Druckschrift begonnen werden.

§. 11. Wird mit der Herausgabe einer periodischen Druckschrift vor dem Erlage der Cautionsleistung der Ablauf der letzten Seite des §. 10 bezeichneten Frist begonnen, oder wird die vorgeschriebene Anzeige über eine während der Herausgabe eingetretene Veränderung binnen der im §. 10 bezeichneten Frist nicht erstattet, so sind der Herausgeber, Verleger, Redacteur und Drucker, so weit ihnen ein Verschulden zur Last fällt, einer Uebertretung schuldig, welche mit einer Geldstrafe von 50 bis 200 fl. zu ahnden ist.

Enthielt die Anzeige falsche Angaben oder wurde ein gesetzlich Unfähiger (§. 12, 2. Absatz) als Redacteur namhaft gemacht und ist darauf die Herausgabe der periodischen Druckschrift begonnen worden, oder leidet die Anzeige über eine während der Herausgabe eingetretene Veränderung an einem dieser Gebrechen, so sind die oben angeführten Personen, soferne ihnen die Unwahrheit der Angaben oder die Unfähigkeit des Redacteurs bekannt war, eines Vergehens schuldig, und nebst einer Geldstrafe von 50 bis 500 fl. mit Arrest von einer Woche bis zu einem Monate zu bestrafen.

In beiden angeführten Fällen kann die Herausgabe der Druckschrift bis zur Erfüllung der gesetzlichen Bedingungen, und zwar im Falle des ersten Absatzes durch die Sicherheitsbehörde, im Falle des zweiten Absatzes durch das Gericht bei Einleitung der Untersuchung oder im Verlaufe derselben eingestellt werden. Eine gegen die Einstellung erhobene Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung.

§. 12. Verantwortlicher Redacteur einer periodischen Druckschrift kann nur ein österreichischer Staatsbürger sein, welcher eigenberechtigt ist und am Orte ihres Erscheinens seinen Wohnsitz hat.

Gesetzlich unfähig zur Führung der verantwortlichen Redaction einer periodischen Druckschrift sind jene, welche durch das Gemeindegesetz wegen begangener strafbarer Handlungen von der Wahlbarkeit für die Gemeindevertretung ausgeschlossen werden.

§. 13. Zum Erlage einer Cautionsleistung ist jeder Herausgeber einer periodischen Druckschrift verpflichtet, welche öfter als zwei Mal im Monate erscheint und, sei es auch nur nebenher, die politische Tagesgeschichte behandelt, oder politische, religiöse oder soziale Tagesfragen bespricht. Jedoch sind wissenschaftliche und Fachblätter, wenn sie nebenher Tagesfragen besprechen, die mit der Aufgabe derselben im Zusammenhange stehen, nicht cautionspflichtig. Für Blätter, welche von der Regierung herausgegeben werden, ist keine Cautionsleistung zu erlegen.

Die Entscheidung über die Verpflichtung zum Erlage einer Cautionsleistung steht bei erhobenem Einspruche der politischen Landesstelle und im weiteren Instanzenzuge dem Staatsministerium zu.

§. 14. Der Betrag der Cautionsleistung wird für periodische Druckschriften, welche in Wien oder in der Umgebung, d. i. bis zur Entfernung von zwei Meilen, erscheinen, mit achtauf tausend Gulden; an anderen Orten mit mehr als sechzigtausend Einwohnern oder in deren Umgebung mit sechsauf tausend Gulden; an Orten mit mehr als dreißigtausend Einwohnern und ihrer Umgebung mit viertauf tausend Gulden, an allen übrigen Orten mit zweitauf tausend Gulden bestimmt. Für solche periodische Druckschriften jedoch, welche nicht öfter als drei Mal in der Woche erscheinen, ist nur die Hälfte der eben erwähnten Cautionsbeträge zu erlegen.

Der Erlag hat bei den durch besondere Vorschriften bezeichneten Cassen in barem Gelde oder in auf Ueberbringer lautenden verzinslichen österreichischen Staats-Schuldverschreibungen, in Grundentlastungs-Obligationen oder Pfandbriefen der Nationalbank oder der galizischen Creditanstalt, nach dem Börsenurse des Ertragstages berechnet, zu geschehen.

Die Cautionsleistung ist sechs Monate nach dem Aufhören des Erscheinens der Druckschrift, für die sie bestellt wurde, gegen die Bestätigung des Staatsanwaltes, daß aus Anlaß der Herausgabe jener Druckschrift weder eine Unternehmung anhängig, noch ein Strafvolzug oder Kostenersatz rückständig sei, zurückzustellen.

§. 15. Die Cautionsleistung unterliegt ganz oder zum Theile dem Verfall und haftet für alle aus Anlaß der Herausgabe der periodischen Druckschrift, für die sie bestellt wurde, in Folge Strafverfahres zu bezahlenden Geldstrafen und Kosten des Strafverfahrens auch dann, wenn der Erleger der Cautionsleistung für seine Person nicht strafbar befunden wurde.

Ist durch ein rechtskräftiges Erkenntniß die Cautionsleistung oder ein Theil derselben als verfallen erklärt, eine Geldstrafe oder ein Kostenersatz verfügt, so haben sich im ersteren Falle der Herausgeber, im letzteren aber die Verurtheilten binnen drei Tagen nach eingetretener Rechtskraft des Strafkenntnisses bei dem Staatsanwalte auszuweisen, daß der Erlag des ihnen zur Zahlung auferlegten Betrages erfolgt sei; widrigenfalls liegt dem Staatsanwalte ob, die Zahlung aus den als Cautionsleistung erliegenden Werthen zu veranlassen und zu diesem Ende, wenn die Cautionsleistung in Staats-Schuldverschreibungen, Grundentlastungs-Obligationen oder Pfandbriefen geleistet wurde, diese bis zu dem erforderlichen Betrage börsenmäßig veräußern zu lassen. Von dem Ergebnisse ist der Herausgeber zu verständigen.

§. 16. Wenn die Cautionsleistung durch die Vollziehung eines Strafverfahres vermindert worden ist, so muß die Ergänzung derselben längstens acht Tage nach erfolgter Verständigung bewerkstelligt und beim Staatsanwalte ausgewiesen werden, widrigenfalls die Herausgabe der periodischen Druckschrift auf Veranlassung des Staatsanwaltes durch die Sicherheitsbehörde für so lange einzustellen ist, bis die Ergänzung ausgewiesen wird.

Die Einstellung ist auch dann zu verhängen, wenn aus Anlaß der Herausgabe einer periodischen Druckschrift, für welche keine Cautionsleistung erliegt, eine Verurtheilung zu Geldstrafe und Kostenersatz erfolgt und die Zahlung dieser Beträge nicht binnen acht Tagen nach eingetretener Rechtskraft des Erkenntnisses bei dem Staatsanwalte ausgewiesen wird.

(Fortsetzung folgt.)

Er. k. k. Apostolische Majestät haben den Kanzleirektor im Oberstallmeisteramt Titular-Hofrath Franz Mattl von Ebenhofen mit der Allerhöchsten Entschliessung vom 21. Jänner d. J. zum wirklichen k. k. Hofrath allergnädigst zu ernennen geruht.

Er. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Ent-

\*) Enthalt in dem am 23. Jänner 1863 abgegebenen IV. Stücke des Reichsgesetzblattes unter Nr. 6.



schließung vom 19. Jänner d. J. allergnädigst zu genehmigen geruht, daß dem Vice-Hofbuchhalter der Kameral-Hauptbuchhaltung Joseph Kaulich bei seiner Versetzung in den bleibenden Ruhestand für seine vielfältige und eifrige Dienstleistung der Ausdruck der Allerhöchsten Zufriedenheit bekannt gegeben werde.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliebung vom 14. Jänner d. J. den Adjuncten und supplirenden Professor an der Großwardeiner Rechtsakademie Dr. Anton Kentsch für seine außerordentlichen Verdienste als römischen und Kirchenrechtler an derselben Akademie allergnädigst zu ernennen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliebung vom 7. Jänner d. J. den Statthalterei-Konzeptspraktikanten Georg v. Stoffer zum Honorar-Konzipisten der k. k. ungarischen Statthalterei allergnädigst zu ernennen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliebung vom 31. October v. J. allergnädigst zu gestatten geruht, daß der Oberleutnant Johann Karl Graf v. Rhevenhüller-Metsch das Ehrenkreuz des souverainen Johanniter-Ordens annehmen und tragen dürfe.

Die k. k. ungarische Hofkanzlei hat die an der k. k. Hofkanzlei, Rechtsakademie erledigte Adjuncten-Stelle dem Anstalts-Konzipisten der k. k. ungarischen Statthalterei Alois Klefner verliehen.

Die k. k. ungarische Hofkanzlei hat den disponiblen k. k. Gerichts-Adjuncten Johann Kürsch zum Adjuncten an der Großwardeiner k. k. Rechtsakademie ernannt.

## Nichtamtlicher Theil.

### Krakau, 26. Jänner.

Die Abstimmung in Frankfurt ist vorüber und wenn die etwas mysteriös gehaltenen Mittheilungen über das preussische Votum wirklich dahin verstanden werden dürfen, daß Preußen rückhaltlos, d. h. ohne Vorbehalte und Verklammerungen zu Gunsten seines bis dahin behaupteten Standpunktes in der Reformfrage nunmehr für eine kräftige Executive mit ausgedehnten gesetzlichen Befugnissen sich erklärt, insbesondere eine aus unmittelbarer Volkswahl hervorgegangene Vertretung als berechtigtes Organ der deutschen Nation für gemeinsame Angelegenheiten anerkennt: so haben die Regierungen, welche sich über die Anträge vom 14. August v. J. einigten, wahrlich keinen Grund zu bedauern, daß sie mit denselben in der Minderheit blieben; denn ist die von ihnen ergriffene Initiative über alle Erwartung hinaus vom glücklichsten Erfolge begleitet gewesen. Denn was nun Preußen angeblich zugestimmt, das ist ja eben der Inhalt der beiden organischen Fragen, welche von den Theilnehmern des Antrags vom 14. August vorbehalten wurden, weil sie allen Grund hatten anzunehmen, daß die sofortige Hineinziehung dieser beiden Punkte in ihre Anträge die Schwierigkeit, mit denselben am Bunde durchzudringen, nur erhöhen würde. Insbesondere die kaiserliche Regierung kann sich darauf berufen, daß sie sich auf den Antrag vom 14. August nur aus dem Grunde beschränkt und in diesem Sinne einen Vorbehalt ausdrücklich formuliert hat, weil sie die Hoffnung hegte, es werde sich über den unter den acht Regierungen vereinbarten Vorschlag als ersten Schritt auf dem Wege der Bundesreform leichter als über die organischen Fragen eine allgemeine Einigung erzielen lassen. Die rein negativen Erklärungen nun, welche Preußen und Baden ursprünglich über das Delegirten-Projekt abgaben, ließen zwar dieser Hoffnung kaum mehr Raum, inzwischen ist aber bereits Baden mit einem positiven Vorschlag der Annäherung hervorgetreten und nun soll Preußen, immer vorausgesetzt, daß die bis jetzt vorliegenden Telegramme wörtlich zu nehmen und nicht etwa künstlich arrangirt sind, sogar über den badischen Vermittlungsvorschlag hinaus auf die ursprünglichen Intentionen Oesterreichs und der mit ihm verbundenen Regierungen eingegangen sein. Der Grund also für den Vorbehalt der beiden organischen Punkte — Errichtung eines wirksameren executiven Organs des Bundes und der organischen Einführung einer aus den Volksvertretungen der Einzelstaaten hervorgehenden Gesamtvertretung — wäre dann vollkommen beseitigt und im Wesentlichen wäre das so lang ersehnte, gerade in der jüngsten Zeit dem Anschein nach mehr und mehr in die Ferne rückende Ziel der allgemeinen Einigung unter den Bundes-Regierungen mit einem Male erreicht. Oesterreich hat dasselbe nie aus den Augen verloren, das Delegirten-Projekt war ihm nur eine Brücke dazu und in den Verhandlungen darüber hat es — das ist unbestreitbare Thatsache — keine Gelegenheit verstreichen lassen, seine Geneigtheit kundzugeben in Verhandlungen über jene organischen Fragen der Bundesreform sofort einzutreten; auch bei der eben erfolgten Abstimmung in Frankfurt dürfte dies nicht unterlassen worden sein. Wenn aber Oesterreich die Gesamtvertretung auf dem Wege der Delegation berufen, Preußen dieselbe aus directen Volkswahlen hervorgehen sehen will, so hat zwar Graf Benckendorff in seiner Depesche vom 20. December 1861 dem ersten Modus den Vorzug gegeben, indeß dürfte diese Differenz die Einigung, wenn sie in der Hauptsache erzielt ist, nicht hindern. Ueber diese offene Frage würde man wahrlich leicht hinauskommen.

In dem kurfürstlichen Votum zu Frankreich ist gesagt: Die Regierung glaubt, daß die Einführung von Delegirtenversammlungen als Bundesfrage nicht bloß in Folge einer Vereinbarung unter einzelnen Regierungen stattfinden solle; da jedoch jetzt als feststehend anzunehmen sei, daß solche Einführung der fraglichen Versammlungen, wozu ungewissheit Stimmeneinheitlichkeit erforderlich sei, nicht eintreten kann, so könne ein weiteres Vorschreiten in dieser Sache nicht nur einen Erfolg nicht erreichen, sondern drohe, besondere politische Nachteile herbeizuführen. — Man hatte auf Stimmengleichheit gerechnet, indem Kurfürstliche Ablehnung nicht erwartet wurde.

Es mehren sich Nachrichten, daß Herzog Ernst sich bereit erklärt hat, die griechische Krone anzunehmen. Die „Patrie“ bestätigt, daß der Herzog von Koburg die Candidatur zum griechischen Könige unter Bedingungen angenommen habe, die jetzt Gegenstand der Prüfung seitens der Cabinets sind. Unter den bereits bekannten Bedingungen, welche Herzog Ernst gestiftet (Regelung der heimischen Regierungsverhältnisse und daß der König Otto und die habsburgische Dynastie auf den griechischen Thron förmlich Verzicht leten), wird noch eine dritte, nicht minder delicate, nämlich finanzieller Natur genannt, und man spricht von einer sehr beträchtlichen Rente, welche die Königin Victoria ihrem erlauchten Schwager zugesichert haben soll.

Königliche Zeitung, Independance und Europe versichern heute, daß der Herzog von Coburg die griechische Krone nicht angenommen habe. Europe fügt sogar hinzu, Herzog Ernst habe ausgesprochen, „er hoffe, kein deutscher Prinz werde sich finden, der den gemeinsamen Vaterlande durch den Untand der Griechen gegen die habsburgische Dynastie angethanen Schimpf nicht empfindet.“

Aus Brüssel 22. Jänner, wird dem „B.“ geschrieben: „Es ist ein noch ungelöstes Räthsel, was die Sendung des Marshalls Magnan, des octoixten Großmeisters der französischen Freimaurer, nach Brüssel bedeuten soll, um ob er wirklich der griechischen Thronfrage und des neuesten Candidaten wegen gekommen ist. Hier ist Marshall Magnan eine wohlbekannte Persönlichkeit. Im Jahre 1831, nachdem die belgische Armee unter König Leopold von den Holländern unter dem Prinzen von Oranien bis hinter Löwen zurückgeworfen war und die Franzosen den Holländern den Frieden aufgezwungen hatten, gehörte Marshall Magnan zu den Organisatoren der belgischen Armee. Er lebt längere Zeit in Brüssel, machte großen Aufwand und noch größere Schulden, die von König Leopold mit großer Liberalität bezahlt wurden. Nach Jahren erst habe Belgien das Vergnügen, den theueren Gast wieder loszuwerden. Für eine personnagere serieuse hat nun den tapferen General niemals gehalten; vielleicht soll aber seine Sendung andeuten, daß man von Paris aus auch die neueste griechische Thronbewegung in Brüssel bloß als Dilettantismus und nicht als eine ernste Rolle aufgefaßt sehen möchte.“

Aus Bukarest ist angeblich die Nachricht nach Paris gelangt, daß kürzt Couza auf dem Punkte stehe, zu Gunsten des Herzogs von Leuchtenberg die Regierung niederzulegen. Frankreich und Rußland wollen hiermit, wie es heißt, der Candidatur des Herzogs Ernst von Coburg ein Paroli bieten. Nach der „G. C.“ wird jedoch dieser Nachricht in unterrichteten Kreisen jede Begründung abgesprochen. Der erwähnte Protet Rußlands, weil Herzog Ernst als Glied der britischen Dynastie zu betrachten sei, wie der Herzog von Leuchtenberg, ist ganz ungegründet. Leuchtenberg ist durch Alas des Kaisers Nikolaus Glied des russischen Kaiserhauses. Herzog Ernst ist mit dem englischen Hofe nahe verwandt, gehört aber nicht dazu. Victor Emanuel z. B. ist mit dem österreichischen Hofe nahe verwandt, aber er gehört demselben so wenig an, als Herzog Ernst dem englischen.

Die Einmischung der Mächte in die griechischen Angelegenheiten hat auf die Pläne der in London unter dem Vorsitze Standerbeg's tagenden griechisch-albanesischen Junta, wie es scheint, auch nicht den mindesten Einfluß gehabt. Alexander Dumas, welcher seinen Independenten vollständig zum Organe dieses unbekannten Standerbeg gemacht hat, fährt fort, den allgemeinen Aufstand im Frühjahr als unvermeidlich hinzustellen und seinen Lesern von den großartigen bereits getroffenen Vorbereitungen zu erzählen. Ganz aus der Luft gegriffen sind die Dumas'schen Behauptungen nicht. Ein aus London gekommener Agent Standerbeg's, der neben seinen dunkeln Beschäftigungen auch die treibt, ein „griechisch-italienisches Journal“ erscheinen zu lassen, hat sich in Neapel festgesetzt, und Alles deutet darauf hin, daß die Kämpfungen zu einem albanesischen Aufstande wirklich ernst betrieben werden. Die unerklärlichen geheimen Werbungen, von denen die oberitalienischen Blätter sprechen, stehen vielleicht hiermit im Zusammenhang.

Das päpstliche Memorandum über die Reformen, welche der Papst einführen will, ohne die Verbesserungen von der Rückkehr der verlorenen Provinzen abhängig zu machen, gibt folgende Andeutungen: Für die nächste Erneuerung der Municipalräthe das Gesetz von 1850 bezüglich der Wahlen der Räte in Anwendung zu bringen; die Vermehrung der Mitglieder des Staatsrathes und der Finanzconferenzen, indem diesem letzteren beratende Stimme zugestanden wird. Aber, sagt das Document, wird die Commission bei reducirten Staaten und einem erschöpften Schape im Stande sein, sich mit dem Studium zu befassen, Verbesserungen in die Verwaltung zu bringen? Eine Commission wird beauftragt, aus allen bestehenden Gesetzen einen Coder zu bilden. Dabei werden Verbesserungen eingeführt werden. Ungeachtet der Armuth des Staatschatzes beschäftigt sich die päpstliche Regierung mit öffentlichen Arbeiten und wird auch Reformen im Postwesen einführen.

Wie man der „N. Z.“ aus Turin schreibt, hat nicht die französische, wohl aber die russische Regierung einige diplomatische Schritte zu Gunsten der Rückgabe der bourbonischen Güter in Neapel eingeleitet. Die Verwendung hatte aber keine Folgen, weil die liegenden Güter zum Theil der Civilisten angehören, zum Theil durch ein Gesetz als Domainialgüter bezeichnet wurden. Zum Privatvermögen der Bourbons, welches unter Sequester gesetzt wurde, gehörte nur eine bedeutende Summe in Staatspapieren,

welche in Neapel bei einem Banquier niedergelegt waren. Die dictatorische Regierung bemächtigte sich dieser Fonds und ließ sie zu bestimmten Zwecken verwenden.

Der Dappenthal-Vertrag ist, laut dem „Moniteur“, am 21. d. in Bern vom Nationalrathe mit 75 gegen 11 Stimmen angenommen worden.

In Betreff der Waffensendungen nach Serbien bestätigen die neuesten Mittheilungen, daß nunmehr auch der letzte diesfällige Transport über die Grenze dahin gelangt ist. Die hierüber nach Bukarest einberufene Conferenz dürfte sich demnach hauptsächlich nur mit der Constatirung der vollbrachten Thatfache zu befassen haben.

Wie aus Konstantinopel geschrieben wird, ist von der Entsendung eines Pfortencommissärs in der Angelegenheit der Waffentransporte Abstand genommen worden. Falls die Sache noch in weitere Anregung gebracht werden sollte, würde die türkische Regierung in Konstantinopel selbst mit den Gesandten der betreffenden Mächte Verhandlungen pflegen.

Uebrigens hat nicht nur Serbien, sondern auch Bulgarien Waffen und Munition erhalten. Jetzt verlangt auch der Romanul, eine Bukarester Zeitung, daß die Donaufürstenthümer eben so gut wie Serbien von Rußland mit Waffen versehen würden, damit auch sie an dem Kampfe für die Unabhängigkeit der Christen Theil nehmen könnten, einem Kampfe, der „im nächsten Frühjahr“ ausbrechen soll.

In Beziehung auf die zur Feststellung des Belgrader Festungsrapports zusammentretende Commission hören wir noch, daß der k. preussische Commissär in Wien erwartet wird, und am nächsten Dienstag zugleich mit den Commissären Frankreichs, Rußlands und Englands sich nach Belgrad begeben wird.

Der französische Vermittlungsvorschlag, welcher laut Paris nach Washington abgegangen und eine die Würde der Amerikaner nicht beeinträchtigende Lösung vorschlagen soll, ist vor mehreren Tagen schon im Constitutionnel erörtert worden. Er besteht darin, daß Commissäre der Nord- und Südstaaten sich auf neutralem Gebiete zu einer Conferenz versammeln, in welcher, ohne daß die Feindseligkeiten deshalb unterbrochen würden, die Mittel zur Beilegung des brudermörderischen Kampfes beraten würden. Die Conferenz würde entweder die Trennung der Union feststellen. In Paris will man wissen, daß Frankreich im Falle der Nichtannahme mit Anerkennung der Südstaaten droht.

Nach Privatberichten aus London herrscht dort wegen der Zustände in Indien wieder einige Besorgniß, namentlich wegen der Unruhen, welche auf mehreren Punkten von Madiputana ausgebrochen sind.

## Landtags-Angelegenheiten.

Man schreibt der „G. C.“ aus Lemberg: „Die wie es scheint systematischen Wahlannullirungen in galizischen Landtage haben gerechtes Aussehen erregt, aber eine ernstliche Gefahr können wir in diesem Manöver nicht erblicken. Da die loyalen Ruthenen ohnehin in der Minorität sind, verschlägt es Nichts, ob ihrer fünf oder sechs mehr oder weniger im Landtage sitzen. Dagegen hat die Argumentation, mit der man diese Ausstreibungen vor der Welt zu beschönigen bemüht war, einen nicht zu verschmähenden Vortheil gebracht. Es hat sich nämlich das selbstsüchtige Schauspiel, die Vorführer einer Partei, die von einem unerfülllichen Verlangen nach Autonomie im weitesten Sinne des Wortes geplagt wird und dadurch die Plage Anderer geworden ist, als die glühendsten Vertheidiger der Gesellschaft debütiren zu sehen und wir hatten die Freude, daß Männer sich frampfhaft an die Aussagen des Wahlgesezes und der Verfassung klammerten, welche noch kurz zuvor diese Galizien Oesterreichs kaum der Berührung werth erachteten. Es wird die Gelegenheit nicht ausbleiben, diese Herren beim Wort zu nehmen.“

Der Krainer Landtag ist der erste, welcher sich mit der wichtigen Frage des Gemeindegesetzes, mit der Frage des Ausscheidens oder Verbleibens des Großgrundbesitzes im Gemeindeverbande beschäftigt hat. Der Ausschuss zur Verathung des Gemeindegesetzes hat sich über die Anschauungen des Landtags in der wichtigsten principiellen Frage vergewissern wollen, und brachte die Vorfrage vor das Haus. Der Landtag entschied sich einstimmig für das Verbleiben des Großgrundbesitzes im Gemeindeverbande.

Die neuesten telegraphischen Landtagsberichte lauten:

Graz, 23. Jänner. Der Antrag des Landesauschusses: bei der Regierung dahin zu wirken, daß die Grundlasten-Ablösung und Regulirung beschleunigt werde, wird angenommen mit den Zusätzen von Rantschugg, Rechbauer und Mulley, es mögen die dem Lande Salzburg ertheilten Begünstigungen auch auf die servitutberechtigten ärarischen Wälder in Steiermark ausgedehnt werden, und mit dem Zusage Wajers, es möge das Fortregal bezüglich der Hoch- und Schwarzwälder aufgehoben werden oder doch Verjährung zulässig sein. Nächste Sitzung Montag.

Linz, 23. Jänner. Hofrath v. Schwabenau beantwortet die bekannte Interpellation von Dr. Grop: Von der Polizeidirection ist keine wie immer geartete Weisung zu einer Ueberwachung der Zusammenkünfte der Abgeordneten ausgegangen, der ganze Vorgang reduziert sich darauf, daß ein Polizeidirectionsanzustellter im eigenen Interesse, ohne irgend eine mit seiner dienstlichen Stellung in Verbindung stehende oder sonstige tendenciose Absicht eigene Fragen an den Kellner stellte, welche dieser anders deuten zu

müssen glaubte. — Bei der Debatte über den Antrag des Landesauschusses wegen Regulirung des Musik-Zinpost-Gesetzes, wird der Antrag des Dr. Hann wegen Zuweisung an den Finanzausschuss verworfen; dagegen der Antrag von Kurzweinhart auf Aufhebung der Musik-Zinpost, als selbstständiger Antrag, dem Landesauschusse zur Verathung überwiesen.

Brünn, 23. Jänner. Gegenstand der Tagesordnung: erste Lesungen und Verweisungen an die Ausschüsse. In den Gemeindevorschüssen: das Straßenconcurrentz-, Kirchenbauconcurrentz- und Schulpatronatgesetz. An eigene Ausschüsse aus den Abtheilungen: Regelung des Straßenwesens, Lehrerbefolgung aus Landesmitteln. In den Indemnitätsauschüssen: die Landesauschuss-Instruktion und ertheilte Gnabengaben. In den Wohlthätigkeitsauschüssen: das Brünnner und Dmüger Spitalsbudget. In den Finanzausschüssen: Beitrag für die Zuckmantelstraße, Leihfondsbudgets, Subventionirung von Gemeinden. Das Grundvertheilungs- und Commassationsgesetz wurde über Skopalitz Antrag fast einstimmig an einen durch und aus den Curien zu wählenden Ausschuss von 12 Mitgliedern überwiesen. Nächste Sitzung unbestimmt.

Troppau, 23. Jänner. Die Anträge des Landesauschusses, ihre Rechtfertigungsberichte über die Ausdehnung der Landessteuerumlage pro 1863, wegen ertheilter Bewilligung zur Veräußerung von Vermögensanteilen in eigenen Gemeinden und wegen Uebernahme des Unterstützungsfonds, werden zur Kenntniß genommen. Nächste Sitzung Dienstag.

Laut Nachrichten aus Zara wurden auf dem dortigen Landtage die Nachwahlen von Trioli und Bukovich bestätigt. Der Antrag des Landesauschusses, die Suspension des Preßprozesses gegen den Deputirten Dr. Duplancich nachzusehen, wurde einstimmig angenommen. Der weitere Antrag des Landesauschusses auf Ernennung eines Comité's zur Prüfung der Grundbücherfrage, wurde, trotz Einwendung des Regierungs-Commissärs, angenommen.

## Oesterreichische Monarchie.

Wien, 24. Jänner. Ihre Majestäten der Kaiser und die Kaiserin machten am Freitag eine Spazierfahrt in den Prater und stiegen in der Hauptallee zu Pferde. Ihre Majestät die Kaiserin erfreut sich eines jugendlich frischen Aussehens. Das sehr zahlreich versammelte Publicum begrüßte lebhaft die Majestäten bei ihrem Erscheinen.

Nächsten Mittwoch findet im Rittersaale ein großer Hofball statt, zu dem die Herren Minister, die Generalität, das diplomatische Corps und die gesammte hoffähige Adel geladen wurden. Ihre Majestäten der Kaiser und die Kaiserin, alle Herrn Erzherzoge und Frauen Erzherzoginnen werden an diesem Ballfeste Theil nehmen.

Königin Marie von Neapel wird dieser Tage in Venedig erwartet und dort mit dem ihr von Rom entgegenkommenden Könige zusammentreffen. In Venedig werden der König und die Königin einige Zeit verweilen, und wie die „G. C.“ erfährt, wird auch Ihre Majestät die Kaiserin Elisabeth für einige Tage zum Besuche in Venedig erwartet.

Se. Excellenz der Ban Freiherr v. Sotczewicz ist in wichtigen administrativen Landesangelegenheiten heute früh hier angekommen und hatte bereits nach einer Besprechung mit dem croatischen Hofkanzler Audienz bei Sr. Majestät dem Kaiser.

Der Herr K. M. Ritter v. Benedek und der Armeeober-Commandant FML. v. Schmerling werden übermorgen nach Venedig abreisen.

Das Bureau des Reichsraths-Präsidenten, schreibt man der „Bohemia“, amirt noch immer und ist gegenwärtig vollauf damit beschäftigt, einen Index der stenographischen Protocolle zu vollenden. Troßdem die Arbeit mit der größten Ausdauer betrieben wird, dürfte sie ihres Umfanges wegen doch kaum vor März beendet sein. Der Index der Protocolle des Herrenhauses ist bereits in diesen Tagen ausgegeben worden. Ist der Index für die Abgeordneten vollendet, werden die Mitglieder des Präsidialbureau in ihre früheren Stellungen zurückkehren; es ist aber bereits bestimmt, daß dieselben im Mai wieder ihre Posten im Reichsraths-Bureau einnehmen. Der Director des Präsidialbureau erhält den Posten eines Archivars des Reichsrathes.

## Deutschland.

Aus Berlin, 23. Jänner wird gemeldet: In der heutigen Sitzung der Adress-Commission war Bismarck anwesend. Derselbe bemerkte, er behalte sich seine Erklärung für die Plenarsitzung vor, müsse aber aufmerksam machen, daß es eine Grenze dessen gebe, was der König von Preußen annehmen könne. Dies sei Sache seiner (des Königs) persönlichen Entscheidung. Er (Bismarck) würde dem Könige nicht anrathen können, die Adresse der Majorität anzunehmen. Bismarck protestirt hierauf gegen die Trennung der Krone und des Ministeriums und verwahrt sich gegen den Vorwurf einer Verfassungsverletzung; man möge mit dem Vorwurfe nicht zu früh kommen, sonst stünpe er sich leicht ab. — Dem heutigen „Staatsanzeiger“ zufolge sagte der Ministerpräsident in der Sitzung der Adresscommission: Die Regierung wolle in der Commission ihren Standpunkt nicht näher entwickeln, weil die Verhandlungen zur Deffentlichkeit gelangten, ohne Bürgschaft für die richtige Wiedergabe der Aeußerungen der Minister. Außerdem sei die Adresse kein Gegenstand der Vereinbarung zwischen dem Ministerium und dem Abgeordnetenpaule, sondern eine einseitige Auslassung des letzteren. Der Gesetzentwurf über die Diäten, Reisegelder und Stellvertretungen der Abgeordneten läßt die bisherigen Diäten







3. 17851. Rundmachung. (54. 3)

Das Krakauer k. k. Oberlandesgericht gibt hiemit bekannt, daß in Gemäßheit §. 214 St.-P.-O. im Zwecke der Durchführung der strafgerichtlichen Verhandlungen zu Vertheidigern in dem Krakauer Oberlandesgerichtspräsidium für das Jahr 1863 ernannt worden sind:

1. Die Krakauer Advokaten und Doctoren der Rechte: Felix Slotwinski, Wit Adolf Witski, Alojzy Alth, Antoni Balko, Maximilian Machalski, Josef Zuck, Nicolaus Zyblikiewicz, Adolf Geissler, Szymon Samelsohn, Leonhard Kucharski, Rudolf Blitzfeld, Nikolaus Kanski, Stanislaus Ritter v. Wiesiadecki, Josef Schönborn, Felix Schlachetkowski und Leo Korecki; ferner der Dr. der Rechte und k. k. Professor an der Krakauer Universität Michael Koczynski, der Krakauer Magistratsrath Ladislaus v. Wislodzi, die k. k. Notare Apollinar Horwath in Grganów, Vincenz Zochowski in Saybusch, Viktor Brzeski in Kenty, Ludwig Lapiński in Wieliczka, Ladislaus Trzeciński in Krzeszowice und Dr. Basil Wolosiński Advocatus-Candidat in Biela.

2. Die Tarnower Advokaten und Doctoren der Rechte: Anton Hoborski, Albrecht Bandrowski, Clemens Rutowski, Albrecht Grabczyński, Theodor Serda, Josef Stojalowski, Felix Jarocki, Karl Kaczowski und Hermann Rosenberg; ferner die Notare: Johann Janocha in Tarnów, Anton Bartosiński Dr. der Rechte in Mielec und Anton Sperling in Pilzno.

3. Die Rzeszower Advokaten und Doctoren der Rechte: Victor Zyzewski, Samuel Reiner, Alojzy Rybicki und Kornel Lewicki; ferner der k. k. Notar in Rzeszów Johann Pogonowski, und der k. k. Notar in Lancut Ladislaus Kaniewski.

4. Die Neu-Sandecr Advokaten und Doctoren der Rechte: Dionis Pawlikowski, Stanislaus Zieliński, Johann Micewski, Eduard Jaffowski.

5. Die Advokaten in Biela: Wenzel Karl Greber, und Alojzy Eisenberg Dr. der Rechte.

6. Der Advokat in Wadowicah: Dr. Vincenz Materna. Krakau, am 29. Dezember 1862.

Obwieszczenie.

C. k. Sad wyższy krajowy w Krakowie podaje niniejszem do wiadomości, iż na mocy §. 214. P. k. obrociami przy rozprawach sądowo karnych w okręgu Sądu wyższego krajowego w Krakowie na rok 1863 zamianowanemi zostali:

1. Krakowscy Adwokaci i Doktorowie praw: Feliks Slotwinski, Wit Adolf Witski, Alojzy Alth, Antoni Balko, Maksymilian Machalski, Józef Zucker, Mikolaj Zyblikiewicz, Adolf Geissler, Szymon Samelsohn, Leonard Kucharski, Rudolf Blitzfeld, Mikolaj Kanski, Stanislaw Biesiadecki, Józef Schönborn, Feliks Schlachetkowski i Leon Korecki; tudzież Doktor prawa i c. k. Profesor Wszechnicy Krakowskiej Michał Koczynski, Radca Magistratu Krakowskiego Władysław Wislodzi; następnie c. k. Notaryusze: Apollinar Horwath w Chrzanowie, Wicenty Zlochowski w Żywcu, Wiktor Brzeski w Kentach, Ludwik Lapiński w Wieliczce, Władysław Trzeciński w Krzeszowicach, Dr. Bazyl Wołosiański kandydat advokatury w Biela.

2. Tarnowscy Adwokaci i Doktorowie praw: Antoni Hoborski, Wojciech Bandrowski, Klemens Rutowski, Wojciech Grabczyński, Teodor Serda, Józef Stojalowski, Feliks Jarocki, Karol Kaczowski i Herman Rosenberg, tudzież notaryusze: Jan Janocha w Tarnowie, Antoni Bartosiński Doktor prawa w Mielcu i Antoni Sperling w Pilznie.

3. Rzeszowscy Adwokaci i Doktorowie praw: Wiktor Zyzewski, Samuel Reiner, Alojzy Rybicki, Kornel Lewicki; tudzież c. k. Notaryusz w Rzeszowie Jan Pogonowski i c. k. Notaryusz w Lancucie Władysław Kaniewski.

4. Nowego Sączu Adwokaci i Doktorowie praw: Dioniz Pawlikowski, Stanisław Zieliński, Jan Micewski i Edward Zajkowski.

5. Adwokaci w Biela: Wacław Karol Ehrler i Doktor prawa Alojzy Eisenberg.

6. Adwokat w Wadowicah: Dr. Wicenty Materna.

Kraków, dnia 29. Grudnia 1862.

3. 23950. Edict. 55. (3)

Vom k. k. Landesgerichte zu Krakau wird der Concurs über das sämtliche bewegliche und über das in jenen Kronländern, für welche die Civil-Jurisdictionsnorm vom 20. November 1852 Nr. 251 R. G. B. in Wirksamkeit steht, befindliche unbewegliche Vermögen der Reisel Klipper, Handelsfrau in Krakau eröffnet, und zum Concursmassavertreter, so wie einstweiligen Vermögensverwalter der Landesadvokat Dr. Dr. Schönborn mit Substituierung des Landesadv. Dr. Dr. Geissler bestellt.

Daher wird Jedermann, der an erstgedachte Verschuldete eine Forderung zu stellen berechtigt zu sein glaubt, erinnert, bis zum 27. April 1863 die Anmeldung seiner Forderung in Gestalt einer förmlichen Klage wider den Vertreter dieser Concursmasse bei diesem Gerichte einzureichen, in seiner Klage nicht nur die Richtigkeit seiner Forderung sondern auch das Recht, kraft dessen er in diese oder jene Classe gesetzt zu werden verlange, zu erweisen, widrigenfalls er von dem vorhandenen und etwa zuwachsenden Vermögen, soweit solches die in der Zeit sich meldenden Gläubiger erschöpfen, ungehindert des auf ein in der Masse befindliches Gut habenden Eigenthums oder Pfandrechtes, oder eines ihm zustehenden Compensationsrechtes abgewiesen sein und in letzterem Falle zur Abtragung seiner gegenseitigen Schuld in die Masse angehalten werden würde.

Zur Wahl des definitiven Vermögens-Verwalters und Gläubiger-Ausschusses wird die Tagfahrt auf den 7. Mai 1863 um 10 Uhr Vormittags festgesetzt und hiezu die Gläubiger vorgeladen.

Krakau, den 7. Jänner 1863.

N. 2490. c. Edykt. (58. 3)

Ze strony c. k. Urzędu powiatowego jako Sądu w Nowym Targu niniejszem wiadomo się czyni, że małżonkowie Jakób Mikos i Anna z Malinowskich Mikos w Czarnym Dunaju pomarli, pierwszy w r. 1809 z pozostawieniem testamentu i ustanowieniem w niem za dziedziców w równych częściach swoich synów Jędrzeja, Jana, s. p. Jakóba i Michała Mikosów i córki Anny zam. Filińskiej — a druga przed 40 laty beztestamentalnie.

Gdy temu Sądowi miejsce pobytu synów Jędrzeja i Michała Mikosów jest niewiadomem, przeto wzywa się tychże, aby w przeciągu jednego roku od dnia niniejszego wyrażonego biorąc, w Sądzie tym się zgłosili i swoje deklaracje wnieśli, w przeciwnym razie te spadki z zgłaszającymi się sukcesorami i ustanowionym dla nich kuratorem Jakóbem Szafarskim pertraktowane będą.

Z c. k. Urzędu powiatowego jako Sądu. Nowy Targ, dnia 21. Grudnia 1862.

L. 23590. Edykt. (60. 1-3)

Cesarsko królewski Sad krajowy Krakowski zawiadamia niniejszym edyktem p. Dominika Korabiewskiego, a w razie jego śmierci tegoż spadkobierców i prawonabywców z imienia i miejsca pobytu niewiadomych, że przeciw nim Piotr Hipolit 2 im. i Katarzyna małżonkowie Wydrychiewiczowie wnieśli pozew de praes. 14 Grudnia 1862 do L. 23590, względem orzeczenia, iż prawo zastawu sumy 8000 złp. z p. n. tytułem pożyczki ze skryptu dto. Lwów 3 Stycznia 1763 przez Dominika Dzieduszyckiego zeznanego, na rzecz Dominika Korabiewskiego w stanie biernym dóbr Kola Tynieckiego dom 118 p. 158, n. 19, on. zabezpieczone, równie jak sama suma 8000 złp. z p. n. przedawnieniem zgaska, i z tychże dóbr zupełność wyekstabulowaną być winna. W załatwieniu tegoż pozwu wyznacza się termin do rozprawy ustnej na 17 Marca 1863 o godzinie 10 zrana pod ostrością prawa.

Gdy miejsce pobytu pozwanych wiadomem nie jest, przeto c. k. Sad krajowy w celu zastępowania pozwanych jak równie na koszt i niebezpieczeństwo ich tutejszego Adw. Dra. Geisslera z zastępstwem p. Dra. Zucker kuratorem nieobecnych ustanowił, z którym spór wytoczony według ustawy postępowania sądowego w Galicyi obowiązującego przeprowadzonym będzie.

Zaleca się zatem niniejszym edyktem pozwanym aby w zwykłym oznaczonym czasie albo sami staneli lub też potrzebne dokumenta ustanowionemu dla nich zastępcy udzielili lub wreszcie innego obrońcę sobie obrali i o tem c. k. Sądowi krajowemu donieśli, w ogóle zaś aby wszelkich możebnych do obrony środków prawnych użyli, w razie bowiem przeciwnym, wyniki z zaniedbania skutki sami sobie przypisaćby musieli.

Kraków, 31 Grudnia 1862.

3. 24177. Edict. (67. 1-3)

Vom k. k. Landesgerichte in Krakau wird zur allgemeinen Kenntniß gebracht, es sei in die Concursöffnung über das gesammte bewegliche und über das in den Kronländern, für welche die allgemeine Jurisdictionsnorm vom 20. November 1852 Nr. 251 R. G. B. gilt, befindliche unbewegliche Vermögen des Hermann Weiss Restaurateurs zu Krakau gewilligt worden; daher werden Alle, welche an diese Concursmasse eine Forderung zu stellen haben, aufgefordert, daß sie ihre auf was immer für Rechtstiteln sich gründenden Ansprüche bis 20. März 1863 mittelst einer Klage wider den hiemit aufgestellten Massavertreter Dr. Dr. Dr. Geissler, zu dessen Substituten der Herr Adv. Dr. Schönborn ernannt wird, anmelden sollen, widrigenfalls sie von dem vorhandenen und etwa zuwachsenden Concursmassavermögen, insoweit solches die in gehöriger Zeit sich meldenden Gläubiger erschöpfen ungehindert des auf ein in der Concursmasse befindliches Gut habenden Eigenthums oder Pfandrechtes, oder eines ihnen zustehenden Compensationsrechtes abgewiesen sein und im letzteren Falle zur Abtragung ihrer gegenseitigen Schuld an die Concursmasse verhalten werden würden.

Zur Befähigung des, in der Person des Theodor Obracz aus Krakau hiemit bestellten einstweiligen Vermögensverwalters oder zur Wahl eines andern sowie des Gläubiger-Ausschusses wird die Tagfahrt auf den 26. März 1863 um 10 Uhr Vorm. bei diesem Landesgerichte bestimmt und hiezu sämtliche Gläubiger anher zu erscheinen vorgeladen.

Krakau, 31. Dezember, 1862.

N. 971. Concurs. (63. 1-3)

An der Lemberger k. k. med. chir. Lehranstalt ist die Lehrkanzle für die Heughelehre und Veterinärpolizei mit

jährlichen 630 fl. österr. Währung und der Aussicht auf öffentliche Verwendung an der in Lemberg zu errichtenden Hufschlags-Lehranstalt zu befehen, deren Erlangung außer der entsprechenden wissenschaftlichen und didaktischen Befähigung von der genauen Kenntniß der polnischen oder wenigstens einer andern slavischen Sprache bedingt ist.

Die gehörig belegten Competenz-Gesuche sind bis 20. Februar l. J. und zwar wenn die Competenten sich bereits im öffentl. Dienste befinden, mittelst ihrer unmittelbar vorgelegten Behörde bei der k. k. Statthaltereie in Lemberg einzubringen.

Von der k. k. Statthaltereie. Lemberg, am 11. Jänner 1863.

Konkurs.

Przy Lwowskim c. k. medyczno-chirurgicznym zakładzie naukowym jest do obsadzenia katedra naukowa dla nauki o zarazach i policyi weterynaryj z roczną placą 630 złr. w. a z widokiem na platne używanie przy naukowym we Lwowie założyć się mającym zakładzie kucia koni. Osiągnięcie tej posady zawisło nie tylko od odpowiedniego umięjętnego i dydaktycznego uzdolnienia ale oraz od dokładnej znajomości polskiego albo przynajmniej innego jakiego sławiańskiego języka.

Należycie instruowane podania kompetentów mają być wniesione do c. k. Namiestnictwa we Lwowie, najdalej do dnia 20. Lutego b. r. a jeżeli kompetenci znajdują się już w publicznej służbie za pośrednictwem swoich bezpośrednich przełożonych władz.

Z c. k. Namiestnictwa. Lwów, dnia 11. Stycznia 1863.

N. 23445. Edict. (62. 1-3)

Vom k. k. Krakauer Landesgerichte wird in Folge des Gesuchs des Herrn Israel Anisfeld de praes. 14. Nov. 1862, 3. 21586 um Amortisirung dreier Stück ihm am 30. October 1862 in Verlust gerathenen Coupons der westgalizischen Grundentlastungs-Obligation Nr. 3369 über 500 fl. G.M. und zwar der eine zahlbar am 1. November 1862, der zweite am 1. Mai 1863 und der dritte am 1. November 1863; der allfällige Besitzer derselben aufgefordert, diese Coupons binnen Einem Jahre vom Tage der letzten Einzahlung dieses Edictes im Amtsblatte der Krakauer Zeitung so gewiß hiergerichts vorzubringen, als sonst dieselben für null und nichtig erklärt werden würden.

Krakau, 30. Dezember 1862.

Edykt.

C. k. Sad krajowy wzywa na prośbę P. Izraela Anisfelda na dniu 14 Listopada 1862, L. 21586. podaną celem amortyzacji, trzech przez tegoż na dniu 30 Października 1862 zgubionych kuponów obligacji indemnizacyjnej zachodniej Galicyi Nr. 3369 na 500 złr. k. m. opiewającej, każdy na 12 złr. 50 kr. m. k., z których pierwszy na dniu 1 Listopada 1862, drugi na dniu 1 Maja 1863, a trzeci na dniu 1 Listopada 1863 r. do zapłaty zapadł — posiadacza tychże kuponów — aby takowe w przeciągu jednego roku, licząc od dnia ostatniego ogłoszenia niniejszego edyktu w części urzędowej — Gazety Krakowskiej w Sądzie krajowym — te kupony za nieważne ogłoszone zostają.

Kraków, dnia 30. Grudnia 1862.

N. 494. Edict. (69. 1-3)

Vom k. k. Tarnower Kreisgerichte wird hiemit bekannt gemacht, es werde über das gesammte wo immer befindliche bewegliche, dann das in den Kronländern, für welche das Gesetz v. 20. November 1852 Nr. 251 R. G. B. Wirksamkeit hat, gelegene unbewegliche Vermögen des Tarnower Spezerei-Waarenhändlers Michael Rottenberg der Concurs eröffnet.

Es werden daher alle Diejenigen, welche an denselben eine Forderung zu stellen haben, hiemit erinnert, ihre aus was immer für einem Rechte sich gründenden Ansprüche bis 30. April 1863 mittelst einer förmlichen gegen den Concursmassavertreter Herrn Adv. Dr. Rosenberg, welchem Herr Adv. Dr. Hoborski substituiert ist, zu richtenden Klage so gewisser anzumelden, als widrigenfalls sie von dem vorhandenen und etwa zuwachsenden Vermögen, so weit solches die in der Zeit sich meldenden Gläubiger erschöpfen würden, ungehindert des Eigenthums oder Pfandrechtes auf ein in der Masse befindliches Gut, oder eines ihnen zustehenden Compensationsrechtes abgewiesen, und im letzten Falle zur Abtragung ihrer gegenseitigen Schuld an die Masse angehalten werden würden.

Zugleich wird zum allfälligen Vergleichsversuche dann zur Einvernahme über die Wahl eines definitiven Krida-Vermögens-Verwalters und des Creditoren-Ausschusses eine Tagfahrt auf den 4. Mai 1863 um 4 Uhr Nachm. hiegerichts angeordnet, bei welcher sämtliche Interessenten bei Vermeidung der im §. 95 G.-O. ausgedrückten Ausbleibungsfolgen zu erscheinen haben.

Von dieser Concurs-Eröffnung wird auch der flüchtige Kridator Michael Rottenberg mittelst des Curators Herrn Adv. Dr. Jarocki, welchem Herr Adv. Dr. Bandrowski substituiert wird, und zu Händen seiner Hausgenossen verständigt.

Aus dem Rathe des k. k. Kreisgerichtes. Tarnow, 21. Jänner 1863.

3. 292. Rundmachung. (66. 1-3)

Am 23. Dezember 1862 ist ein bei dem Postamte in S. A. Ujhely aufgegebenen ararischer Geldbrief mit 2400 fl. öst. W. abhanden gekommen. Derselbe enthielt unter andern zwei Banknoten zu 1000 fl. deren eine mit Serie S. y. N. 32258 und die andere mit Serie X. p. N. 39676 bezeichnet war, welches mit der Aufforderung allgemein verlaublich wird, daß der Ueberbringer dieser Banknoten eventuell zur Kenntniß der k. k. Postdirection in Rajchau gebracht, damit im Wege der weiteren Nachforschung möglicherweise der Entwender ermittelt werde.

Von der k. k. galiz. Postdirection. Lemberg, am 14. Jänner 1863.

Wiener Börse-Bericht

vom 24. Jänner  
Öffentliche Schuld.  
A. Des Staates.

|  | Geld   | Baum   |
|--|--------|--------|
| Zu Defr. W. zu 5% für 100 fl.              | 69.40  | 69.50  |
| Aus dem National-Anlehen zu 5% für 100 fl. | 82.15  | 82.25  |
| vom Jänner — Juli                          | 82.30  | 82.40  |
| vom April — October                        | 82.30  | 82.40  |
| Vom Jahre 1851, Ser. B. zu 5% für 100 fl.  | 75.40  | 75.50  |
| Metalliques zu 5% für 100 fl.              | 66.75  | 67.25  |
| dito " 4 1/2% für 100 fl.                  | 66.75  | 67.25  |
| mit Verlosung v. J. 1839 für 100 fl.       | 145.75 | 146.25 |
| " 1854 für 100 fl.                         | 92.25  | 92.75  |
| " 1860 für 100 fl.                         | 94.20  | 94.30  |
| Gomo - Rentenscheine zu 42 L. austr.       | 17. —  | 17.50  |

B. Der Kronländer.

|  | Geld  | Baum  |
|--|-------|-------|
| Grundentlastungs-Obligationen                |       |       |
| von Nieder-Öst. zu 5% für 100 fl.            | 88. — | 89. — |
| von Mähren zu 5% für 100 fl.                 | 87.25 | 87.75 |
| von Schleien zu 5% für 100 fl.               | 87. — | 87.50 |
| von Steiermark zu 5% für 100 fl.             | 87.50 | 88. — |
| von Tirol zu 5% für 100 fl.                  | 89. — | 90. — |
| von Kärnt., Krain u. Küst. zu 5% für 100 fl. | 85.50 | 87. — |
| von Ungarn zu 5% für 100 fl.                 | 75.20 | 75.50 |
| von Temeser Banat zu 5% für 100 fl.          | 73.75 | 74.25 |
| von Kroatien und Slavonien zu 5% für 100 fl. | 74. — | 74.50 |
| von Galizien zu 5% für 100 fl.               | 74. — | 74.25 |
| von Siebenb. u. Bukowina zu 5% für 100 fl.   | 72.75 | 73.75 |

Actien (pr. St.)

|  | Geld    | Baum    |
|--|---------|---------|
| der Nationalbank   | 823. —  | 824. —  |
| der Credit-Anstalt für Handel und Gewerbe zu 200 fl. öst. W.                           | 228. —  | 228.20  |
| Niederösterreich. Escompte-Gesellschaft zu 500 fl. ö. W.                               | 660. —  | 662. —  |
| der k. k. Nordbahn zu 1000 fl. ö. W.   | 1858. — | 1860. — |
| der Staats-Eisenbahn-Gesellschaft zu 200 fl. G.M. oder 500 fr.                         | 234. —  | 234.50  |
| der k. k. Elisabeth-Bahn zu 200 fl. G.M.   | 153. —  | 153.50  |
| der Süd-nord. Verbind.-B. zu 200 fl. G.M.  | 131. —  | 131.50  |
| der k. k. Nordbahn zu 200 fl. G.M. mit 140 fl. (70%) Einz.                             | 147. —  | —       |
| der k. k. Staats-lomb.-ven. und Centr.-ital. Eisenbahn zu 200 fl. öst. W. oder 500 fr. | 269. —  | 270. —  |
| der galiz. Karl Ludwigs-Bahn zu 200 fl. G.M.   | 219.75  | 220.25  |
| der österr. Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft zu 500 fl. G.M.                        | 432. —  | 433. —  |
| des österr. Lloyd in Triest zu 500 fl. G.M.  | 236. —  | 238. —  |
| der k. k. Nordbahn Kettenbrücke zu 500 fl. G.M.  | 402. —  | 404. —  |
| der Wiener Dampfmühl - Aktien - Gesellschaft zu 500 fl. öst. W.                        | 385. —  | 390. —  |

Pfandbriefe

|  | Geld   | Baum   |
|--|--------|--------|
| der Nationalbank                               | 104.25 | 104.50 |
| 10jährig zu 5% für 100 fl.                     | 100. — | 100.50 |
| auf G.M. verlosbar zu 5% für 100 fl.           | 90. —  | 90.25  |
| der Nationalbank 12monatlich zu 5% für 100 fl. | 85.70  | 85.90  |
| auf öst. W. verlosbar zu 5% für 100 fl.        | 76.75  | 77.25  |

Loie

|  | Geld   | Baum   |
|--|--------|--------|
| der Credit-Anstalt für Handel und Gewerbe zu 100 fl. öst. W. | 133. — | 133.20 |
| Donau-Dampfschiff-Gesellschaft zu 100 fl. G.M.               | 98.50  | 99. —  |
| Triester Stadt-Anleihe zu 100 fl. G.M.                       | 121.50 | 122. — |
| zu 50 fl. G.M.   | 51. —  | 52. —  |
| Stadtgemeinde Ofen zu 40 fl. öst. W.                         | 36. —  | 36.50  |
| Gefrey zu 40 fl. G.M.  | 95. —  | 96. —  |
| Salm zu 40 fl. "   | 37.50  | 38. —  |
| Paffy zu 40 fl. "  | 38.75  | 39. —  |
| Clary zu 40 fl. "  | 35.50  | 36. —  |
| St. Genois zu 40 fl. "                                       | 38.50  | 39. —  |
| Windischgrätz zu 20 fl. "                                    | 20.75  | 21.25  |
| Waldfrein zu 20 fl. "  | 23.25  | 23.50  |
| Regelwisch zu 10 fl. "                                       | 16.75  | 17. —  |

3 Monate.

|  | Geld   | Baum   |
|--|--------|--------|
| Angsburg, für 100 fl. südböhmischer Währ. 4%   | 97.50  | 97.60  |
| Frankfurt a. M., für 100 fl. südböhm. Währ. 3% | 97.75  | 97.75  |
| Hamburg, für 100 M. B. 4%                      | 86.60  | 86.75  |
| London, für 10 Pf. Sterl. 3%                   | 115.50 | 115.60 |
| Paris, für 100 Franks 4%                       | 45.80  | 45.85  |

Cours der Geldsorten.

|                          | Durchschnitts-Cours | Legter Cours |
|--------------------------|---------------------|--------------|
| Kaiserliche Münz-Dufaten | 5 57 5 55 1/2       | 5 56 5 57    |
| vollw. Dufaten           | 5 57 5 55 1/2       | 5 56 5 57    |
| Krone                    | —                   | 15 80 15 85  |
| 20 Frankstücke           | 9 26 —              | 9 25 9 27    |
| Russische Imperiale      | —                   | 9 54 9 58    |
| Silber                   | —                   | 114 — 114 25 |

Abgang und Ankunft der Eisenbahnzüge

vom 15. September 1862 angefangen bis auf Weiteres.

Abgang

|     |  |
|-----|--|
| von | <b>Krakau</b> nach <b>Wien</b> 7 Uhr Früh, 3 Uhr 30 Min. Nachm. — nach <b>Breslau</b> , nach <b>Warschau</b> , nach <b>Odrau</b> und über <b>Obergberg</b> nach <b>Preußen</b> 8 Uhr Vormittags; — nach und bis <b>Czajkawa</b> 3 Uhr 30 Min. Nachm.; — nach <b>Przemysl</b> 6 Uhr 15 Min. Früh; — nach <b>Lemberg</b> 10 Uhr 30 Min. Vorm., 8 Uhr 40 Minuten Abends; — nach <b>Wieliczka</b> 11 Uhr Vormittags. |
| von | <b>Wien</b> nach <b>Krakau</b> 7 Uhr 15 Min. Früh, 8 Uhr 30 Minuten Abends.  |
| von | <b>Odrau</b> nach <b>Krakau</b> 11 Uhr Vormittags.   |
| von | <b>Granicz</b> nach <b>Czajkawa</b> 6 Uhr 30 Min. Früh, 11 Uhr 27 Min. Vorm. 2 Uhr 15 Min. Nachm.  |
| von | <b>Czajkawa</b> nach <b>Granicz</b> 11 Uhr 16 Min. Vorm. 2 Uhr 26 Min. Nachm., 7 Uhr 56 Min. Abends.   |
| von | <b>Przemysl</b> nach <b>Krakau</b> 9 Uhr Morgens.  |
| von | <b>Lemberg</b> nach <b>Krakau</b> 5 Uhr 20 Min. Abends und 5 Uhr 10 Min. Morgens.  |

Ankunft

|    |   |
|----|---|
|    | Abends; — von Breslau und Warschau 9 Uhr 45 Min. Früh, 5 Uhr 27 Min. Abends; — von Odrau über Oderberg und Preußen 5 Uhr 27 Min. Abends; — von Przemyśl 7 Uhr 23 Min. Abends; — von Lemberg 6 Uhr 15 Min. Früh, 2 Uhr 54 Min. Nachm.; — von Wieliczka 6 Uhr 20 Min. Abends. |
| in | Przemysl von Krakau 4 Uhr 43 Min. Nachm.  |
| in | Lemberg von Krakau 8 Uhr 32 Min. Früh, 9 Uhr 40 Min. Abends.  |

Meteorologische Beobachtungen.

|    | Barom.-Höhe auf in Barall. Linie 0° Reaum. reb. | Temperatur nach Reaumur | Specifische Feuchtigkeit der Luft | Richtung und Stärke des Windes | Zustand der Atmosphäre | Erscheinungen in der Luft | Veränderung der Wärme im Laufe der Tage von   bis |
|----|---|-------------------------|-----------------------------------|--------------------------------|------------------------|---------------------------|---|
| 25 | 2 329 54  | + 20                    | 100                               | SW. schwach                    | trüb                   | Borm. Reg. u. Schnee      |   |
| 26 | 10 31 06  | 13                      | 93                                | W. mittel                      | "                      |                           | + 1°  |
| 26 | 6 32 86   | 20                      | 78                                | W. stark                       | "                      |                           | + 2°3   |